



Aktenzeichen: Pet 2-19-15-2125-037662

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 09.12.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Der Petent fordert Maßnahmen zur Bekämpfung von Volkskrankheiten bzw. deren Ursachen (wie Übergewicht und Rauchen). Die zu ergreifenden Maßnahmen sollen den umfassenden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie vergleichbar sein. Zu den Einzelheiten des Vortrags des Petenten wird auf die von ihm eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe war als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 69 Mitzeichnungen sowie 217 Diskussionsbeiträge ein.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Bundesregierung wie folgt dar:

Die Bekämpfung der großen Volkskrankheiten durch die Reduktion der Risikofaktoren Übergewicht und Rauchen ist ein wichtiges gesundheitspolitisches Anliegen, das in vielfältiger Weise verfolgt wird. Dabei ist hervorzuheben, dass sich das Vorgehen zur Reduktion von Übergewicht und Rauchen grundsätzlich von dem in der aktuellen Corona-Pandemie notwendigen Vorgehen unterscheiden muss. Nachhaltige Erfolge in der Bekämpfung der Volkskrankheiten sind nur durch langfristige Ansätze und durch Präventionsmaßnahmen zu erwarten, die einen dauerhaft gesunden Lebensstil der Bürgerinnen und Bürgern fördern.

Zur Prävention von Übergewicht und damit zusammenhängenden Volkskrankheiten verfolgt die Bundesregierung einen präventiven Ansatz, der vor allem auf der Stärkung eines aktiven Lebensstils mit ausreichender Bewegung und einer ausgewogenen Ernährung im gesamten Lebensverlauf beruht. Die Senkung der Häufigkeit von



Übergewicht durch die nachhaltige Förderung von Bewegung und gesunder Ernährung ist das zentrale Ziel des "Nationalen Aktionsplans zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten".

Mit dem Förderschwerpunkt "Prävention von Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen" stellt das BMG zusätzliche Fördermittel für Maßnahmen bereit, die das Bewegungs- und Ernährungsverhalten, den Umgang mit Stress oder die Nutzung elektronischer Medien schon in Kindheit und Jugend positiv beeinflussen und so der Entstehung von Übergewicht im weiteren Lebensverlauf vorbeugen. Im Förderschwerpunkt "Bewegung und Bewegungsförderung" des BMG werden Projekte zur Bewegungsförderung in verschiedenen Lebenswelten, Ziel- und Altersgruppen gefördert.

Bewegungsförderung und gesunde Ernährung sind darüber hinaus wichtige Querschnittsthemen der Nationalen Präventionsstrategie, die auf der Grundlage des 2015 in Kraft getretenen Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz) von der Nationalen Präventionskonferenz entwickelt wurde. Ziel des Präventionsgesetzes ist es auch, der Prävention den Stellenwert einzuräumen, den das Thema in der Gesellschaft benötigt. Entscheidend ist nicht nur, wie Krankheiten verhütet werden sollen, sondern auch, was langfristig gesund erhält. Die Regelungen des Präventionsgesetzes helfen, dass Bürgerinnen und Bürger jeglichen Alters in ihren täglichen Lebenszusammenhängen dabei unterstützt werden, gesundheitsförderliche Lebensweisen zu entwickeln und im Alltag umzusetzen.

Rauchen ist das größte vermeidbare Gesundheitsrisiko in Deutschland. Die Verringerung des Tabakkonsums und ein möglichst umfassender Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens sind daher vordringliche gesundheitspolitische Ziele, die mit aufeinander abgestimmten präventiven, gesetzlichen und strukturellen Maßnahmen verfolgt werden. Hierzu gehören Preiserhöhungen für Tabakprodukte durch Anhebungen der Tabaksteuer, Abgabeverbote von Zigaretten an Kinder und Jugendliche, Werbeeinschränkungen, Vorgaben zur Verpackungsgestaltung, Gesetze zum Nichtraucherschutz auf Bundesebene und in den Bundesländern und bundesweite Präventionskampagnen. Diese Maßnahmen haben zusammen dazu geführt, dass die



Raucherquote in Deutschland seit den 1980er Jahren kontinuierlich abnimmt, insbesondere bei jüngeren Menschen.

Um über den Risikofaktor Rauchen aufzuklären sowie den Verzicht auf Tabakprodukte zu fördern, finanziert das BMG zahlreiche Forschungsvorhaben und Maßnahmen, die in die Umsetzung der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik eingebettet sind. Hervorzuheben sind die Tabakpräventionskampagnen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), die auch eine Telefonberatung zur Rauchentwöhnung anbietet. Detaillierte Informationen über die Maßnahmen der BZgA sind auf der Webseite www.bzga.de verfügbar.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Petitionsausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen.